



**Niederschrift
- öffentlicher Teil -
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Stadtrates der Großen
Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl.**

Sitzungstermin: Mittwoch, 25.02.2026

Sitzungsbeginn: 18:02 Uhr

Sitzungsende: 19:44 Uhr

Sitzungsort: Sitzungssaal Rathaus Oelsnitz/Vogtl., Markt 1, 08606 Oelsnitz/Vogtl.

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschreiben:

Vorsitzender: Mario Horn

Oberbürgermeister

Schriftführer: Melanie Meise-Schmidt

Schriftführer

Urkundspersonen:

Marion Schröder

Stadtrat/Stadträtin 1

Renè Buze

Stadtrat/Stadträtin 2

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Oberbürgermeister

Mario Horn *CDU*

CDU-Fraktion

Andreas Schlotterbeck *CDU*

Daniel Nötzold *CDU*

Mandy Günnel *CDU*

anwesend bis 19:35 Uhr

Marion Schröder *CDU*

anwesend bis 21:05 Uhr

Mike Eltermann *CDU*

Sabine Albert *CDU*

Silvio Liebender *CDU*

FOB-Fraktion

Björn Fläschendräger *FOB*

Peter Plaumann *FOB*

René Buze *FOB*

Romy Jasinski *FOB*

Tony Goldstein *FOB*

Torsten Pinkes *FOB*

Ulrich Mahn *FOB*

DIE LINKE / SPD - Fraktion

Reiner Stöhr *DIE LINKE*

Thomas Körner *SPD*

Waltraud Klarner *DIE LINKE*

fraktionslos

Chris Hüttner *FKB*

André Hüttner *FKB*

Christina Hüttner *FKB*

Frank Burkhardt *fraktionslos*

Verwaltung

Melanie Meise-Schmidt

Andreas Bauer entschuldigt

Bianca Rudert

Hannes Schulz

Peter Wollmann entschuldigt

Sandra Scheuer
Torsten Stengel

Ortsvorsteher

Andreas Georgi	<i>OR Hartmannsgrün</i>	
Jan Mädler	<i>OR Görnitz-Raasdorf</i>	
Markus Schwab	<i>OR Oberhermsgrün</i>	entschuldigt
Sven Willy Schmidt	<i>OR Taltitz</i>	entschuldigt
Sindy Prager	<i>OR Planschwitz</i>	entschuldigt

Fraktionsgeschäftsführer

Jana Carabello	<i>CDU</i>	entschuldigt
Maik Gerbeth	<i>FOB</i>	

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|---|------------------|
| 1 | Eröffnung und Begrüßung | |
| 2 | Feststellen der Beschlussfähigkeit | |
| 3 | Bestätigung der vorliegenden Tagesordnung | |
| 4 | Bürgerfragestunde | |
| 5 | Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2025 | |
| 6 | Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2025 | |
| 7 | Beschluss zur Wahl des/der 2. ehrenamtlichen Stellvertreter/-in des Oberbürgermeisters | 2026/1084 |
| 8 | Information zum Bildungsbericht der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. für 2025 | 2026/1072 |
| 9 | Information zum Bericht zur interkommunalen Zusammenarbeit in der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. | 2026/1082 |
| 10 | Beschluss über die Vergabe der Bauleistung "Neubau einer barrierefreien Bushaltestelle am Rathaus" in Oelsnitz/Vogtl. | 2026/1083 |
| 11 | Bekanntgaben der Verwaltung | |
| 12 | Anfragen und Anregungen der Stadträte | |

1 Eröffnung und Begrüßung

Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Mario Horn, begrüßt die anwesenden Stadträte, die Bediensteten der Stadtverwaltung, die anwesenden Ortsvorsteher sowie die Vertreter der Presse und die anwesenden Gäste und stellt die form- und fristgemäße Einberufung der Sitzung fest.

2 Feststellen der Beschlussfähigkeit

Mit 22 anwesenden Mitgliedern des Stadtrates ist Beschlussfähigkeit gegeben, die Sitzung wird somit eröffnet. Es fehlen keine Stadträte entschuldigt. Stadträtin Günnel wird die Sitzung um 19:35 Uhr verlassen, Stadträtin Schröder wird die Sitzung um 21:05 Uhr verlassen.

Für die Unterzeichnung des Protokolls werden Stadträtin Schröder und Stadtrat Buze vorgeschlagen und einstimmig gewählt.

3 Bestätigung der vorliegenden Tagesordnung

Gegen die mit der Einladung zugestellten Tagesordnung gibt es keine Einwendungen, sie ist form- und fristgerecht zugegangen und wird einstimmig angenommen. Soweit eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Stadtratsmitglieds vorlag, ist diese geheilt, wenn das betroffene Stadtratsmitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht (§ 39 Abs. 1, S. 2. SächsGemO).

Oberbürgermeister Horn informiert zum Thema Auflösung der AfD und verliest dazu ein Schreiben: „Vollzug der Sächsischen Gemeindeordnung – Bildung von Fraktionen. Sehr geehrte Stadträte und Stadträtinnen, als Vorsitzender im Stadtrat möchte ich sie wie folgt informieren. Mit Schreiben vom 12. Februar 2026 haben die Stadträtin Hüttner und Stadtrat Hüttner ihren sofortigen Austritt aus der AfD-Fraktion im Stadtrat erklärt und mit Eingang am 12. Februar 2026 eingereicht. Die AfD-Fraktion im Stadtrat bestand ursprünglich aus den beiden genannten Stadträten, Stadtrat Burkhardt und Stadträtin Dehnhardt. Frau Stadträtin Dehnhardt ist aus dem Stadtrat ausgeschieden. Ihr Nachrücker wurde aufgefordert sich zu erklären, ob er das Stadtratsmandat annehmen will. Seit dem 24. Februar 2026 liegt der Stadtverwaltung die Zustimmungserklärung vor. Im nächsten Stadtrat muss darüber entschieden werden, ob Hinderungsgründe nach § 32 Absatz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung gegeben sind. Nach § 35a der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit § 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates können sich die Stadträte zu Fraktionen zusammenschließen. Die Mindeststärke einer Fraktion ist nach § 2 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates auf zwei Stadträte festgelegt. Durch den Austritt der beiden Stadträte Hüttner und dem Austritt der Stadträtin Dehnhardt aus dem Stadtrat ist die Mindeststärke einer Fraktion von zwei Stadträten unterschritten. „Sinkt die Zahl der Mitglieder einer Fraktion unter die festgesetzte Mindeststärke, entfällt der Fraktionsstatus unmittelbar kraft der in der Geschäftsordnung getroffenen Regelung. Ein Bestandsschutz der zu Beginn einer Wahlperiode gebildeten Fraktion bis zu deren Ende ohne Rücksicht auf unterdessen eingetretenen Veränderungen ihrer Mitgliederzahl kennt das Gesetz nicht.“ Vergleiche Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Beschluss vom 26. Januar 1989 Az. 1 S 3834/88. Durch die Unterschreitung der Mindeststärke einer Fraktion -hier der AfD-Fraktion- ist deren Rechtsstellung nach §§ 1 ff. der Satzung zur Fraktionsfinanzierung entfallen. Die Fraktion ist nach § 2 der Satzung zur Fraktionsfinanzierung zu liquidieren. Entschädigungszahlungen, die an die Rechtsstellung als Fraktion gebunden sind, können nicht mehr ausgezahlt werden. Die Fraktionsfinanzierung der ehemaligen AfD-Fraktion ist eingestellt. Nach den §§ 35a ff. der Sächsischen Gemeindeordnung in Verbindung mit den Regelungen der Geschäftsordnung des Stadtrates bleibt es den Stadträten unbenommen, sich zu Fraktionen zusammenzuschließen. Mit dem Wegfall der Rechtsstellung der AfD-Fraktion werden die betroffenen Stadträte Herr und Frau Hüttner sowie Stadtrat Burkhardt als fraktionslos geführt. Der Wegfall der Rechtsstellung der AfD-Fraktion hat darüber hinaus Auswirkungen auf die Besetzung der Ausschüsse und Aufsichtsräte in den stadteigenen Unternehmen. Über die Besetzung der Gremien hat der Stadtrat erneut zu beraten und zu entscheiden. Mit freundlichen Grüßen, Mario Horn, Oberbürgermeister.“ Oberbürgermeister Horn gibt bekannt, dass er zur heutigen Sitzung

die langjährige Gleichstellungsbeauftragte Anke Lippold eingeladen habe. Diese habe vor einigen Wochen erklärt, dass sie ihr ehrenamtliches Engagement als Gleichstellungsbeauftragte aus verschiedenen Gründen nicht mehr wahrnehmen könne. Er bedankt sich bei ihr für ihre geleistete Arbeit und übergibt ihr einen Blumenstrauß.

4 Bürgerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen und mündlichen Anfragen vor.

5 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17.09.2025

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 17.09.2025 gibt es keine Einwendungen, es wird einstimmig genehmigt.

6 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 17.12.2025

Gegen das Protokoll der Sitzung vom 17.12.2025 gibt es keine Einwendungen, es wird einstimmig genehmigt.

7 Beschluss zur Wahl des/der 2. ehrenamtlichen Stellvertreter/-in des Oberbürgermeisters

2026/1084

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage. Es liegen drei Interessenbekundungen aus den Fraktionen vor. Diese sind Stadträtin Romy Jasinski, Stadtrat André Hüttner und Stadträtin Waltraud Klarner.

Stadtrat Fläschendräger gibt vor, dass sich die Kandidaten einzeln vorstellen sollten.

Stadtrat André Hüttner stellt sich vor. Er sitze im Stadtrat als fraktions- und Parteilos Mitglied, sei 56 Jahre alt und ehemaliger Qualitätsmanager eines großen Automobilherstellers. Er wolle das Amt ausüben, weil er der Meinung sei, dass er das Amt vernünftig und im Interesse der Stadträte und den Bürgern der Stadt Oelsnitz/Vogtl. ausführen werde.

Stadträtin Jasinski stellt sich vor. Diese sei schon seit vielen Jahren die Ortsvorsteherin von Magwitz, seit zwei Jahren sei sie im Stadtrat tätig. Es sei bekannt, dass sie ihr Amt als Ortsvorsteherin mit Einsatz und Hingabe führe und die Tätigkeit gerne ausübe. Sie habe das Verantwortungsbewusstsein sowie die jahrelange Erfahrung in der Ratsarbeit. Nach ihrer Meinung, habe sie das Vertrauen der Bürger und der Stadträte verdient, dieses weitere Ehrenamt mit ihrer Verlässlichkeit, mit ihrer Bürgernähe und mit Herzblut auszufüllen. Alle würden gemeinsam im Stadtrat sitzen um für ihre Heimat zusammen etwas bewegen zu können. Die Stadträte könnten ein Zeichen setzen, wie sie zu ihren Ortsteilen und den engagierten Ortsvorstehern stehen würden. Sie vertraue auf eine faire und gerechte Entscheidung.

Stadträtin Klarner stellt sich vor. Sie sei seit 32 Jahren im Stadtrat mit Herzblut engagiert, sie habe genügend Erfahrung. Sie sei sehr engagiert, sei noch zusätzlich ehrenamtlich in der Tafel, in der Kleiderkammer und als Rentenberaterin tätig. Sie sei Rentner und habe Zeit das Ehrenamt als zweite Stellvertretende Bürgermeisterin auszuführen. Sie könne so auch öfters mal einspringen, wenn dies benötigt würde. Sie traue sich das Amt zu und sehe sich für diese Position gewappnet. Sie habe in ihren bisherigen Leben schon mehrere verantwortungsvolle Aufgaben gemeistert. Sie könne nur davon ausgehen, dass sie gewählt werde. Aber letztendlich sei dies eine Entscheidung für jeden Stadtrat selbst und werde auch von ihr akzeptiert. Die LINKE / SPD habe Stadträtin Klarner vorgeschlagen, weil es gut sei, wenn von einer weiteren Fraktion der zweite Stellvertreter aufgestellt sei.

Da keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen wurden, schließt Oberbürgermeister Horn die Kandidatenliste. Es wurden Wahlzettel vorbereitet und diese werden ausgeteilt. Jeder Stadtrat habe eine Stimme. Oberbürgermeister Horn fragt, ob es gewünscht sei, dass aus jeder Fraktion eine Wahlkommission gebildet werden solle oder soll der Verwaltung vertraut werden. Die Wahl soll geheim durchgeführt werden. Der erste Wahlgang wird um 18:20 Uhr eröffnet.

Stadtrat Burkhardt macht darauf aufmerksam, dass die hier verteilten Stimmzettel nicht passend seien.

Hauptamtsleiter Schulz informiert, dass der § 23 der Geschäftsordnung regelt die Wahlen. Dort heißt es unter Absatz 2: „Die Stimmzettel sind vom Oberbürgermeister bereitzuhalten. Jeder Bewerber wird auf dem Stimmzettel namentlich benannt und erhält ein abgegrenztes Feld gleicher Größe. Der Stimmzettel muss so beschaffen sein, dass nach Kennzeichnung und Faltung die Stimmabgabe nicht erkennbar ist. Werden mehrere Wahlen in derselben Sitzung des Stadtrates durchgeführt, müssen sich die Farben der Stimmzettel deutlich voneinander unterscheiden.“

Aufgrund, dass die Stimmzettel nicht passend seien, wird der Wahlgang um 18:22 Uhr unterbrochen. Die Stimmzettel werden wieder eingesammelt. Es wird der Ausdruck der passenden Stimmzettel veranlasst.

Stadtrat Plaumann regt an, ob für die zukünftigen Wahlen standardisierte Stimmzettel erstellt werden könnten.

Hauptamtsleiter Schulz antwortet, dass so etwas nicht wieder vorkommen dürfe und wolle für zukünftige Wahlen die Stimmzettel standardisieren lassen.

Stadtrat Goldstein fragt, ob der Tagesordnungspunkt „Bekanntgaben der Verwaltung“ in der Zwischenzeit vorgezogen werden könnte.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass Hauptamtsleiter Schulz, der Leiter der Finanzverwaltung Stengel und die Protokollantin Meise-Schmidt momentan nicht in der Sitzung seien, von daher ginge dies nicht.

Die Wahl wird um 18:32 Uhr wieder aufgenommen und es werden die passenden Stimmzettel verteilt. Oberbürgermeister Horn beendet um 18:34 Uhr den ersten Wahlgang. Die Stimmzettel werden eingesammelt und werden von Hauptamtsleiter Schulz und Oberbürgermeister Horn ausgezählt.

Oberbürgermeister Horn verkündet, dass 22 gültige Stimmen abgegeben sind. Es entfielen auf Stadtrat André Hüttner 10 Stimmen, auf Stadträtin Jasinski acht Stimmen und auf Stadträtin Klarner vier Stimmen. Damit habe keiner der Bewerber im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit der abgegebenen Stimmen erzielt, somit kommt es nach der Geschäftsordnung zu einem zweiten Wahlgang zwischen den beiden bestplatzierten, Stadtrat André Hüttner und Stadträtin Jasinski.

Es werden weitere Stimmzettel für den zweiten Wahlgang ausgedruckt. Der zweite Wahlgang wird um 18:43 Uhr begonnen, die Stimmzettel werden verteilt. Um 18:47 Uhr wird der zweite Wahlgang beendet, die Stimmzettel werden eingesammelt und von Oberbürgermeister Horn und Hauptamtsleiter Schulz ausgezählt.

Oberbürgermeister Horn verkündet, dass 19 gültige und drei ungültige Stimmen abgegeben wurden. Auf Stadtrat André Hüttner fielen 11 Stimmen, auf Stadträtin Jasinski entfielen acht Stimmen. Damit sei der zweite Stellvertreter des Oberbürgermeisters Herr André Hüttner.

Stadtrat André Hüttner nimmt die Wahl an und dankt für das Vertrauen.

Oberbürgermeister Horn gratuliert ihm und überreicht ihm einen Blumenstrauß.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt André Hüttner zum 2. ehrenamtlichen Stellvertreter des Oberbürgermeisters.

Abstimmungsergebnis:

Gesetzliche Zahl der Gremiumsmitglieder:	23
Zahl der anwesenden Gremiumsmitglieder:	22
Davon stimmberechtigt:	22
Ja-Stimmen:	11

Nein-Stimmen:	8
Stimmenthaltungen:	3

8 Information zum Bildungsbericht der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. für 2025

2026/1072

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Sachgebietsleiterin für Bildung Scheuer stellt den Bericht mit Hilfe einer Power Point Präsentation vor. In Bezug auf die Auslastung der städtischen Kitas sagt sie, dass die Auslastung in 2025 87 Prozent betrug. 74 Plätze seien frei, die Tendenz sei steigend. Der Personalbedarf in 2025 sei im Jahresdurchschnitt in Höhe von - 0,89 VZÄ, dies sei circa ein Vollzeitäquivalent zu wenig. Im Jahr 2026 sei es - 0,42, das sei eine halbe Stelle zu wenig. Geschuldet sei dies Schwangerschaften, Langzeiterkrankten und Kranken. Dies werde mit Stunden versucht zu regeln, aber sei nicht immer möglich. Deshalb könne sie erst Ende des Jahres eine genaue Zahl nennen. Investitionen in 2025 seien wie folgt: Es wurde W-LAN in der Kita am Schloss und Kita Kinderlachen ausgebaut, es wurden neue Laptops und Tablets für die Erzieher angeschafft, im Julius-Mosen-Gymnasium wurden neue Lizenzen gekauft, es wurden neue Server ausgetauscht, die Firewall wurde in allen drei Grundschulen erneuert, auch in den Schulen wurden neue Tablets angeschafft, dies würde Klassenweise erfolgen. Sie gibt einen Einblick in die Jugendarbeit, in 2025 gab es keine mobile Jugendarbeit, weil die Kollegin ausgefallen sei. Für 2027 sei ein Zusammenschluss mit Adorf, Bad Elster und Oelsnitz/Vogtl. geplant. Die mobile Jugendarbeit wurde mit 1,5 VZÄ ausgeschrieben, es gab Bewerbungen, die Auswahl sei auf die Diakonie Auerbach gefallen. Dort sollen zwei Mitarbeiter beschäftigt sein, diese werden die mobile Jugendarbeit in den drei Städten im oberen Vogtland übernehmen. Zur Personalsituation sagt sie, dass insgesamt 68 Erzieher beschäftigt seien, davon seien neun Männer und der Rest Frauen. Der Altersdurchschnitt sei bei 43,14 Jahren. Bei den Lehrern sei es so, die Teilzeitquote sei circa 40 Prozent, der Altersdurchschnitt läge bei 45,5 Jahren. Sie zeigt die Wiederholerquote der Schüler der Schulen in Oelsnitz/Vogtl. auf. Sie erklärt wie es sich mit dem Stundenausfall prozentual verhalte. Sie betrachtet die pädagogischen Herausforderungen und erklärt diese. Sie zeigt die Anschaffungen auf: es wurden neue Tablets angeschafft, in fast allen Einrichtungen wurde auf LED-Technik umgerüstet, es wurden Möbel und komplette Klassenzimmer neu angeschafft, der Bolzplatz der Kita am Stadion wurde fertiggestellt, in allen Sandkästen wurde der Sand erneuert. Zur Finanzierung und Kostenentwicklung sagt sie, dass die Elternbeiträge nach Stadtratsbeschluss leicht angepasst worden seien, im Stadtanzeiger seien einmal jährlich die Personal- und Sachkosten einsehbar. Zum Kinderschutz und zur Qualitätsentwicklung sagt sie, dass alle Kitas an der Fertigstellung der Kinderschutzkonzepte gearbeitet hätten, diese wurden mit Fördermitteln unterlegt. Das Erzieherpersonal bekomme bis zu fünf Bildungstage pro Jahr, in 2025 seien durchschnittlich 2,7 Bildungstage genutzt wurden. Im Vogtlandkreis gäbe es einen Mangel an spezialisierten ambulanten Einrichtungen, die sich um Kinder mit Entwicklungsstörungen oder chronischen Krankheiten kümmern. Dies seien Ärzte, die eine Diagnose stellen würden. Es gäbe immer mehr auffällige Kinder, die keine Diagnose bekommen. Die Kitas hätten dadurch große Probleme. Ende 2025 kam eine Anfrage zum Thema Schülerhilfe in Oelsnitz/Vogtl., darauf folgte ein Termin beim DRK. Diese könnten nicht helfen, auch die Jugendarbeit würden dieses nicht anbieten. Nachfragen habe es auch bei der Schülerhilfe und dem Studienkreis in Plauen gegeben. Lediglich die Schülerhilfe habe Interesse daran gezeigt. Es wurde ein Mietvertrag zugesandt, die Entscheidung stehe noch aus. Sie spricht den Wechsel der Reinigungsfirma im letzten Jahr an. Dies würde auf Verständigungsproblemen und unterschiedlichen Verständnis für Hygiene und Sauberkeit basieren, es habe neun Mängelanzeigen gegeben, das Personal der Reinigungsfirma sei viermal gewechselt wurden. Fazit: Trotz sinkender Kinderzahlen, bestehe sozialer pädagogischer Unterstützungsbedarf, dieser werde immer größer und sei derzeit nicht leistbar.

Stadträtin Klarner interessiert, ob die Kita in der Forststraße aufgrund der sinkenden Kinderzahlen geschlossen werden solle, sollen die Stundenzahlen der Mitarbeiter reduziert werden.

Sachgebietsleiterin für Bildung Scheuer gibt eine Tendenz von 77 Prozent Auslastung für 2026 für die städtischen Kitas vor. Es habe bereits Gespräche mit dem Personalrat bezüglich möglicher Stundenreduzierungen der Mitarbeiter gegeben, diese seien auch zum Teil schon umgesetzt. Für

sie sei es vertretbar, wenn eine 0,4 Stelle zu viel sei, es gäbe auch Monate, wo Personal fehlen würde. Es bestehe ein Personalstamm, das befristete Personal könne nicht weiterbeschäftigt werden ohne Langzeiterkrankte oder Schwangerschaftsvertretungen. Dem Personal werde dies klar kommuniziert, es werde versucht, eine andere Lösung zu finden. Sie betont, es haben noch keine Gespräche bezüglich einer Schließung einer Kita stattgefunden.

Stadtrat Eltermann möchte wissen, ob die hygienischen Probleme mit der Reinigungsleistung nun gelöst seien oder weiterhin bestünden.

Sachgebietsleiterin für Bildung Scheuer erklärt, dass die Kitaleiter aktuell zufrieden seien, sie könne aber nicht sagen, wie lange dies so bliebe. Eine 100-prozentige Zufriedenheit sei nicht gegeben. Die Reinigungsfirma würde das Personal immer mal wechseln. Die Reinigungsfirma habe den Auftrag seit Januar 2026.

Stadtrat Goldstein fragt zum Thema Stundeneinsatz der Erzieher nach. Welcher Spielraum sei möglich.

Sachgebietsleiterin für Bildung Scheuer informiert, dass zu Jahresanfang die Stundenanzahl höher sei. Ab August, wenn die Kinder in die Schule gehen, sinke die Stundenzahl wieder. Sie betrachte immer den Jahresdurchschnitt. Die Erzieher hätten flexible Arbeitsverträge, dies heiße Minimum 25 Stunden pro Woche, es könne bis zum einem Fünftel hoch- und runtergestuft werden. Es gäbe verschiedene Vertragsmodelle.

Oberbürgermeister Horn schlägt vor, über konkrete Arbeitsverträge im Nichtöffentlichen Teil weiter zu reden.

Stadträtin Schröder fragt an, ob es Reaktionen der Eltern gab, in Bezug auf die Steigerung der Essenskostenpauschale für die Eltern.

Sachgebietsleiterin für Bildung Scheuer berichtet, dass es sehr viele Reaktionen gegeben habe. Die Eltern hätten sich beschwert, es habe aber auch Eltern gegeben, denen die bisherige Stütze durch die Stadt nicht bewusst gewesen sei.

Stadträtin Schröder ersucht Auskunft zum Einsatz der Schulbusse. Die Schüler würden in den Bussen stehen, da nicht genügend Sitzplätze für alle zur Verfügung stünden. Sie könnten sich nicht an den Stangen festhalten, da sie zu klein wären. Dürften die Schüler überhaupt so befördert werden.

Sachgebietsleiterin für Bildung Scheuer äußert, dass die Schulen alle zwei Jahre die Schülerzahlen und die Wohnorte der Schüler melden müssten. Daraufhin würde erst eine Planung über die Busverbindungen erstellt werden. In Schönbrunn seien es nur 22 Kinder, die befördert werden müssten. Ihr sei nicht bekannt, dass die Schüler in den Schulbussen stehen dürften, da wolle sie im Landkreis Rücksprache halten.

Stadträtin Albert fügt hinzu, dass es hierbei auf die Kennzeichnung des Busses ankomme. Sei der Bus als Schulbus gekennzeichnet, dann dürften die Kinder nur transportiert werden, wenn jeder einen Sitzplatz habe. Zum Teil sei dies hier nicht der Fall. Die Busse seien als Linienbusse gekennzeichnet, da sei dies nicht vorgeschrieben.

Stadtrat Eltermann gibt vor, dass das Problem mit der Schulbusbeförderung schon seit Jahren bestehe und müsse im Auge behalten werden.

Stadträtin Albert ergänzt, dass bei der Fahrt zum Schwimmunterricht nach Plauen das Problem schon seit Jahren bestehe. Die Schule habe die Problematik, dass die Kinder in den Bussen stehen müssten, selbst beim ÖPNV angesprochen. Daraufhin wurde ein größerer Bus zur Verfügung gestellt. Der Schülerverkehr werde über den ÖPNV geregelt.

Oberbürgermeister Horn erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Hauptamtsleiter Schulz erklärt den Bericht. In der Zusammenarbeit seien verschiedene Vereine, Mitgliedschaften, Zweckvereinbarungen und Verträge aufgeführt. Es sei gut ersichtlich, wo solche Formen existent seien und wie diese gelebt werden. Diese verschiedenen Formen der Zusammenarbeit würden personelle und finanzielle Ressourcen fordern. Es war auch für die Verwaltung wichtig, die gesamte interkommunale Zusammenarbeit der Großen Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. zusammenzustellen. Es sei nicht so, dass nur die Verwaltungsgemeinschaft als eine Form der Zusammenarbeit bestehe, sondern auch Verträge im Bereich des Feuerwehrwesens, im Bereich der Kultur, im Bereich der Städtepartnerschaften, der Zweckvereinbarungen und der kommunalen Arbeitsgemeinschaften. Er erklärt, dass das SächsKomZG dies alles regeln würde. Die Kommunen des oberen Vogtlandes hätten von April 2021 bis Oktober 2022 ein Projekt zur Qualifizierung der Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit durchgeführt. Er habe die einzelnen Sitzungen dessen in die Vorlage mit aufgenommen. Dies sei nicht alles und gehe soweit, dass die Große Kreisstadt Oelsnitz/Vogtl. Mitglied im KGSt – „Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement“ sei. Er erklärt die Organisation. Der Mitgliedsbeitrag dessen orientiere sich an der Bevölkerungszahl und betrage 950 Euro jährlich. Zu den verschiedenen Beiträgen erklärt er beispielhaft anhand des Vereins „Vogtlandzukunft e.V.“, dort seien die Kosten jährlich 3.000 Euro und wurden nun auf 6.000 Euro erhöht. Es gäbe auch eine Vereinbarung mit dem Landkreis Karlsbad, diese erklärt er genauer. Die verschiedenen Städtepartnerschaften bzw. Mitgliedschaften habe er einzeln aufgelistet.

Stadtrat Fläschendräger interessiert, wie sich die interkommunale Zusammenarbeit mit den Städten des oberen Vogtlandes (Kooperationsvereinbarung wurde vor circa zwei Jahren geschlossen) entwickelt habe. Er erinnert an eine gemeinsame Sitzung in der Musikhalle in Markneukirchen.

Oberbürgermeister Horn gibt vor, dass die Bürgermeister sich regelmäßig, um Dinge abzustimmen, treffen würden. Die Hürden seien recht hoch, die Wünsche der Kommunen seien sehr individuell. Er berichtet über Überlegungen zu einem gemeinsam angeschafften Blitzerauto, welche nicht zustande gekommen sei. Alles sei sehr schwierig.

Stadtrat Plaumann möchte wissen, ob es innerhalb dieser Zusammenarbeit in Bezug auf die kommunale Wärmeplanung mit anderen Städten/Gemeinden Synergieeffekte gäbe, die genutzt werden könnten.

Oberbürgermeister Horn antwortet, dass das Thema der kommunalen Wärmeplanung ebenfalls Teil einer Beratung in Bad Elster gewesen sei. Aber dadurch, dass Oelsnitz/Vogtl. über 10.000 Einwohner aufweise, könne sich Oelsnitz/Vogtl. an einem gemeinsamen Projekt der Kommunen im oberen Vogtland nicht beteiligen.

10 Beschluss über die Vergabe der Bauleistung "Neubau einer barrierefreien Bushaltestelle am Rathaus" in Oelsnitz/Vogtl.

2026/1083

Oberbürgermeister Horn verliest eine Schilderung des Bauamtes zum Sachverhalt: „Mit der Planung der barrierefreien Bushaltestelle am Rathaus wurde Mitte August 2024 begonnen. Am 9. Oktober 2024 wurden entsprechende Fördermittel beim LASuV beantragt. Der Zuwendungsbescheid vom LASuV kam am 13. November 2025. Der Verkehrsverbund Vogtland GmbH hat darauf hingewiesen, dass die Haltestelle bei einem ausbleibenden Umbau künftig nicht weiter bedient werden kann. Begründet wird dies mit der fehlenden Barrierefreiheit sowie der Unzumutbarkeit der derzeitigen provisorischen Haltestelle. Dabei handelt es sich um eine der meistgenutzten Haltestellen in Oelsnitz/Vogtl. mit rund 56.000 Fahrgästen pro Jahr. Gemäß § 8 Absatz 3 Satz 3 des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) ist bereits seit 2013 festgelegt, dass Nahverkehrspläne die Belange von Menschen mit Mobilitäts- oder sensorischen Einschränkungen berücksichtigen müssen. Ziel war es, bis zum 1. Januar 2022 eine vollständige Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr zu erreichen. Dieses Ziel konnte bislang bundesweit nicht vollständig umgesetzt werden, da nicht jede Haltestelle baulich barrierefrei umgestaltet werden kann. Zudem sind viele Kommunen finanziell nicht in der Lage, sämtliche

Haltestellen entsprechend umzurüsten. Die Stadt Oelsnitz/Vogtl. plant daher, schrittweise weitere bestehende Haltestellen barrierefrei auszubauen. Aufgrund der teils langwierigen Fördermittelverfahren ist eine Umsetzung jedoch nicht in jedem Jahr möglich. Im Haushalt wurde die Finanzierung für den Umbau einer Haltestelle pro Jahr eingeplant. Die Buswartehallen am Markt bleiben von den Baumaßnahmen unberührt und werden weiterhin genutzt. Da sich die barrierefreie Bushaltestelle – ebenso wie die Wartehallen – in der Fußgängerzone befindet, sind diese beim Einfahren des Busses problemlos erreichbar.“ Er erläutert den Sachverhalt laut Vorlage.

Stadtrat Mahn unterrichtet, dass ihm in der Vorlage die Angebotszusammenstellung fehle. Er möchte wissen, wie hoch die Angebote der Anderen seien und wer die Firmen seien. Was solle mit den ausgebauten Pflastersteinen passieren, verbleiben diese im Städtigentum oder würden diese an die Baufirma übergehen. Die FOB-Fraktion stimme dafür, dass der neue Belag ein Betonpflaster sein solle, denn Asphalt passe nicht zum restlichen Marktplatz.

Von 19:26 Uhr bis 19:29 Uhr verlässt Stadtrat Burkhardt die Sitzung.

Hauptamtsleiter Schulz antwortet, dass die Vorgabe der Kommunalaufsicht besage, dass nur der notwendige Inhalt der Vorlagen den Stadträten auszuteilen sei. Die bisherige Verfahrensweise sei nicht rechtmäßig. Die Kommunalaufsicht habe daraufhin gewiesen, dies abzuändern.

Von 19:27 Uhr bis 19:30 Uhr verlässt Stadträtin Jasinski die Sitzung.

Oberbürgermeister Horn ist ebenfalls der Meinung, dass Asphalt nicht zu dem Marktplatz passe. Er wolle die Antwort zuarbeiten lassen, was mit den ausgebauten Pflastersteinen passieren solle.

Stadtrat Buze stellt die Verfahrensweise, dass nur noch die notwendigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden müssen, in Frage. Es müsse möglich sein, eine Einsicht in die anderen Angebote zu bekommen. Er wünscht die Übersendung der Anweisung der Kommunalaufsicht, auch wo dies im Gesetz zu finden sei.

Oberbürgermeister Horn bestätigt die Übersendung der Anweisung.

Stadtrat Buze interessiert, wie der Kalkulator der Firma UTR so nah mit seinem Angebot an den kalkulierten Preis kommen könne. Wo liege die Kostenschätzung und wer habe diese erstellt.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass die Kostenschätzung Herr Jens Taubert gemacht habe.

Stadtrat Eltermann fordert ebenfalls, dass er zur Abstimmung mehrere Angebote vorgelegt bekomme. So könne er nicht entscheiden.

Stadträtin Klarner bittet, dass allen Stadträten die Information der Kommunalaufsicht zugesandt werden solle. Sie erklärt, wie mit so etwas im Landkreis umgegangen werde.

Stadtrat Pinkes gibt vor, dass die FOB-Fraktion einen Antrag stellt, diesen Tagesordnungspunkt von der heutigen Tagesordnung zu nehmen. Er bittet darum, dass dieser Punkt überarbeitet werde und die fehlenden Unterlagen den Stadträten zur Verfügung gestellt werden sollen.

Oberbürgermeister Horn erklärt, dass die fehlenden Unterlagen nicht zur Verfügung gestellt werden können, da die Anweisung von der Kommunalaufsicht kam. Über den Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung lässt er abstimmen. Dieses wird mit 13 Ja-Stimmen, Null Nein-Stimmen und acht Stimmenenthaltungen so bestätigt.

Dieser Tagesordnungspunkte wurde in der Sitzung durch einen Antrag von Stadtrat Pinkes der FOB-Fraktion von der Tagesordnung genommen. Dies wurde mit 13 Ja-Stimmen und 8 Stimmenenthaltungen so genehmigt.

11 Bekanntgaben der Verwaltung

Oberbürgermeister Horn informiert, dass am heutigen Nachmittag die Kostenübersicht zur

12 Anfragen und Anregungen der Stadträte

Stadtrat Eltermann gibt vor, dass im Voigtsberger Gebiet / Falkensteiner Straße der Stadtanzeiger immer eine bis eineinhalb Wochen später ausgeteilt werde, dies sei schon seit November 2025 so. Da die Zustellung dessen nicht unentgeltlich sei, solle sich dazu erkundigt werden.

Oberbürgermeister Horn sagt, dass aktuell zu diesem Thema schon Anfragen laufen würden. Es solle überprüft werden.

Stadtrat Burkhardt fragt, ob es so sein solle, dass die kleine Kehrmaschine bei der Reinigung um die PKW fahre.

Oberbürgermeister Horn antwortet, dass die kleine Kehrmaschine im Einsatz sein solle. Die große Straßenkehraktion würde erst am 30. März 2026 beginnen.

Stadtrat Buze bittet, dass jegliche Informationen zukünftig eher vor einer Sitzung an die Stadträte versandt werden sollten, so könnten die Stadträte sich besser vorbereiten.

Oberbürgermeister Horn teilt mit, dass die heute versandte Information zu den verschiedenen Kosten vorerst lediglich nur zur Information dienen sollten. Er wolle zukünftig eine Versendung solcher zeitnaher veranlassen.

Stadträtin Günnel verlässt um 19:35 Uhr die Sitzung.

Stadtrat Goldstein informiert, dass er nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen werde, wenn zukünftig nur noch mit Tischvorlagen gearbeitet werden solle. Er könne so keine Entscheidungen treffen, es müsse ein Weg trotz des Datenschutzes gefunden werden.

Oberbürgermeister Horn ergänzt, dass es kein böser Wille sei, sondern die Vorgabe der übergeordneten Rechtsaufsicht. Er wolle die Übersendung der Anweisung veranlassen.

Stadtrat Plaumann möchte wissen, ob der heute gewählte zweite Stellvertreter des Oberbürgermeisters André Hüttner sein Amt im Interesse der CDU-Fraktion oder fraktionslos antreten werde.

Stadtrat André Hüttner äußert dazu, dass viel geschrieben und geredet werde. Er sei fraktionslos, alles andere seien Spekulationen.

Oberbürgermeister Horn fügt hinzu, dass Stadtrat A. Hüttner, Stadträtin Hüttner und Stadtrat Chris Hüttner fraktionslos seien, andere Informationen lägen nicht vor.

Stadtrat Plaumann interessiert, ob mit Auflösung der AfD-Fraktion auch die Fraktionsfinanzierung tagesgenau abgerechnet wurde.

Oberbürgermeister Horn wiederholt, dass die Zahlung zum neuen Monat eingestellt werde. Die Zahlung sei zum 1. März 2026 gestoppt.

Stadtrat Plaumann ersucht Auskunft zum Stand des Haushaltskonsolidierungskonzeptes.

Hauptamtsleiter Schulz antwortet, dass die Kämmerei dieses als Haushaltszukunfts-konzept bezeichne. Er habe in der letzten Woche Rücksprache mit dem Unternehmen gehalten, es sollten noch Fragen des ehemaligen Bauamtsleiters Herr Ebert mit einbezogen werden. Bis jetzt liege ihm die Zuarbeiten zu dem von Herrn Ebert damals vorgegebenen Themen noch nicht vor. Wenn die Zuarbeit vorliege, könne ein Vorbericht erfolgen. Dieser werde den Stadträten dann zur Verfügung gestellt.

Stadtrat Plaumann ergänzt, dass dies wichtig für die nächste Haushaltsplanung sei, diese solle

nicht wieder so spät erfolgen. Er bittet, dass die Homepage der Stadt Oelsnitz/Vogtl. überprüft werde, dort müsste die Besetzung der Fraktionen überarbeitet werden

Oberbürgermeister Horn gibt vor, dass Wirtschaftsförderer Wollmann sich um dieses kümmern werde.

Stadtrat Plaumann fragt aufgrund von Aussagen nach, ob die Gaststätte im Schloss doch nicht vermietet werde.

Oberbürgermeister Horn erklärt, dass dem Bewerber aktuell ein Angebot vorliege. Es wurde mit dem Bewerber vereinbart, dass sich Anfang März endgültig dazu verständigt werden solle. Sobald neue Informationen vorliegen, würde es den Stadträten mitgeteilt.

Stadtrat Plaumann informiert, dass an der Kreuzung Plauensche Straße / Alte Reichenbacher Straße (Einfahrt zur BayWa / Windmühlenweg) die Fahrbahnmarkierung fehle. Er habe dies auch schon dem Ordnungsamt gemeldet. Dort würde es immer wieder zu einer Kollisionsgefahr kommen, für die Linksabbieger in den Windmühlenweg und zu denen, die stadtauswärts fahren wollten. In der Gerberstraße sei ihm aufgefallen, dass dort wild geparkt werde. Es sei eine verkehrsberuhigte Zone, dort sei Parken nur in markierten Flächen erlaubt. Durch die falschstehenden PKW würde die Gerberstraße blockiert werden. Könne dort eingewirkt werden.

Oberbürgermeister Horn wolle den Vollzugsbediensteten Herr Knoll damit beauftragen.

Stadtrat Plaumann erkundigt sich, wie der Stand des Projektes „Neues Leben“ sei. Darüber wurde Ende 2024 gesprochen, nach seiner Meinung habe sich bis zum heutigen Tag nichts daran geändert.

Oberbürgermeister Horn gibt Auskunft, dass bereits in einer der letzten Sitzungen mitgeteilt wurde, dass das Projekt „Neues Leben“ zugunsten der anderen EFRE-Projekte vorerst nicht durchgeführt werden solle. Es werde in die Zukunft verschoben.

Stadträtin Schröder spricht an, dass die Stadträte den Vertrag für die Schlossgaststätte zugesandt bekommen wollten, bevor dieser vom neuen Pächter unterschrieben werde.

Oberbürgermeister Horn bestätigt dies, es sei selbstverständlich.

Stadträtin Schröder fragt, ob das Sonnengässel (zwischen der Walther-Rathenau-Straße und der Schönecker Straße) nicht mehr der Räum- und Streupflicht unterliegen würde. Die Straße sei schlecht beräumt, sie habe diesbezüglich eine Anfrage eines Bürgers erhalten.

Oberbürgermeister Horn wolle die Anfrage mitnehmen.

Stadtrat Plaumann unterrichtet, dass das Buswartehäuschen in Lauterbach wieder mit Graffiti beschmiert sei. Dies sei erst vor Kurzem restauriert worden.

Stadtrat Pinkes merkt an, ob eine Zuarbeit eines Organigramms aller Sachgebiete des Rathauses möglich sei.

Oberbürgermeister Horn bestätigt das.

Stadtrat Pinkes regt eine ehrliche, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Stadträten und der Stadtverwaltung an und bittet um Umsetzung dieser.

Oberbürgermeister Horn stellt um 19:44 Uhr die Nichtöffentlichkeit her.